

Ralf-Uwe Beck

Was für eine Demokratie braucht das Klima?

Eröffnungsvortrag des Treffens von

Climate Action South Tyrol und der Initiative für Mehr Demokratie Südtirol

am 6. Mai 2023 in Toblach

Das Ende des Holozäns

Vor 30 Jahren haben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch das Grönländische Inlandeis gebohrt – bis auf 3.000 m Tiefe. Anhand des zu Tage beförderten Eisbohrkerns lässt sich einigermaßen exakt bestimmen, dass vor 11.700 Jahren die Nacheiszeit begann – das Holozän. Die extremen Klimaschwankungen hatten sich beruhigt. In den dann einsetzenden idealen klimatischen Bedingungen entstanden sämtliche Hochkulturen und komplexen Gesellschaften, die wir kennen.¹ Dieses Zeitalter ist zu Ende. Genauer: Wir haben es beendet. Die Folgen der Erderwärmung werden – so der Weltklimarat – 3,6 Milliarden Menschen betreffen.

Die Anzeichen sind unverkennbar und werden nur noch von wenigen Unbelehrbaren bestritten. Der tropische Regenwald setzt mittlerweile mehr Treibhausgase frei, als er speichert. In Sibirien tauen die Permafrostböden schneller auf, als wir Kippeffekte buchstabieren können. Kaum berichten Nachrichten von einem Wald, der brennt, steht schon der nächste in Flammen. In Indien fallen vor Hitze Vögel tot vom Himmel. Im Sommer 2022 sollen in Spanien und Portugal in einer Woche 2000 Menschen den Hitzetod gestorben sein, in Deutschland 800 am Tag, so viel wie nie zuvor. In Spanien ist es schon in diesem Frühjahr 20 Grad zu warm, in Deutschland konnte Sommergerste nicht ausgesät werden – es war zu nass. Flutkatastrophen, wie die in Pakistan. Hunger, wie der auf Madagaskar. Das alles ist erst der Anfang. Es wird nicht wieder gut, es ist nur noch offen, wie hart es wird. Ursache: Der Klimawandel. Ursache für den Klimawandel: Wir.

Wir im Norden. In Deutschland haben wir pro Kopf einen CO₂-Ausstoß von 9 Tonnen im Jahr, in Südtirol sind es wohl 7,5. Die Menschen auf den Inseln im Pazifik, die gerade absaufen, in Pakistan, in Bangladesch, die Menschen auf Madagaskar, die hungern, verursachen nicht einmal eine Tonne pro Kopf im Jahr.

Zur ersten UN-Klimakonferenz 1995 in Berlin gab es eine Pressekonferenz mit den Regierungschefs der kleinen Inselstaaten im Pazifik. Ihre Botschaft: Wir werden, wenn es so weitergeht wie bisher, mit nassen Füßen in euren Wohnzimmern stehen. Es ist so weitergegangen. Die Hälfte der Menschheit lebt an Meeresufern und Flussmündungen und wird mit dem steigenden Meeresspiegel zu tun bekommen. Industrienationen werden Dämme bauen, Bangla-

¹ Siehe Jonas Schaible: Demokratie im Feuer. Warum wir die Freiheit nur bewahren, wenn wir das Klima retten und umgekehrt, München 2023.

desch wird sich das nicht leisten können und zu zwei Dritteln überschwemmt werden, Ackerland wird versalzen, Trinkwasservorräte werden verlorengehen. Die Weltbank rechnet bis 2050 mit 216 Millionen Klimaflüchtlingen.² Die kommen zu den 100 Millionen Menschen, die derzeit auf der Flucht sind, noch dazu. Es sind die Habenichtse auf diesem Planeten, die auch das noch aushalten müssen. Gehen wir den Weg der Flüchtlinge, die bis hierher schaffen zurück, bis dorthin, von wo sie aufgebrochen sind, dann begegnen wir: uns selbst.³

Wir sind es, die diesen Planeten in Brand gesteckt haben. Wir, die Biedermänner auf der Nordhalbkugel, die es bequem und immer noch ein wenig bequemer haben wollen, sind die Brandstifter. Es ist an uns, zu löschen, zu retten, was zu retten ist. Jetzt.

Paris – der magische Ort

Es ist die Absurdität unserer Generation, festzustellen, dass es zu spät scheint – und sich gleichzeitig gegenseitig zu versichern, dass es eben noch nicht zu spät ist. Das Pariser Klimaabkommen von 2015, mit seiner Verabredung, die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen,⁴ wirkt wie ein magischer Ort, an dem die Staaten sich ernsthaft in die Augen geschaut haben, an den sie immer wieder zurückkehren, der sie zwingt, zu reflektieren, was sie erreicht haben bzw. dass sie hinter sich selbst zurückbleiben – ein Ort, von dem sie immer wieder neu aufbrechen – müssten.

Dabei sollten wir uns nichts vormachen: Das 1,5 Grad-Ziel ist erledigt. Die Politik kann das nicht öffentlich eingestehen, denn das hieße zuzugeben, dass sie versagt hat und verantwortlich ist für unermessliches Leid von Millionen und Abermillionen Menschen. Aber wie dem auch sei: Es wird um jedes Zehntelgrad gehen – gehen müssen. Je länger es dauert, umso chaotischer wird sich der Kampf um das Klima gestalten.

Die Menschheit wird, wir werden diese Arbeit für den Klimaschutz nie wieder aus der Hand legen können. Die Klimakrise ist keine Krise, die vorübergeht. Es ist die Krise schlechthin. Wir sind verdammt spät dran. Wir sind verdammt, die erste Generation zu sein, die die Klimakrise zu spüren bekommt, und die letzte, die noch etwas tun kann. Jetzt. Nach jeder neuen Prognose des Weltklimarates wird dieses „jetzt“ noch drängender: Die Ziele sind nur erreichbar, wenn wir jetzt, jetzt, jetzt ... konsequent usw. Dieser Appell des Jetzt wird die nächsten 100 Jahre nicht mehr verstummen.

Der Klimaschutz ist kein Partikularinteresse, beim Klimaschutz gibt es nichts abzuwägen – er ist nicht verhandelbar. Alle Wege führen über Paris oder sie enden im Nichts.

² <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2021/09/13/climate-change-could-force-216-million-people-to-migrate-within-their-own-countries-by-2050>

³ Zu den Zusammenhängen von Klimawandel und Flucht siehe: Ralf-Uwe Beck, Klaus Töpfer, Angelika Zahrt (Hrsg.), Flucht. Ursachen bekämpfen, Flüchtlinge schützen, München 2022, hier insbesondere: Hans-Joachim Preuß, Klimawandel und globale Wanderungsbewegungen, S. 39-44, und Jürgen Scheffran, Climate Matching: Verstärkte Nord-Süd-Zusammenarbeit für die globale Energiewende, S. 45-51.

⁴ https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf

Die Politik sitzt die Klimakrise aus

Wie also bringen wir die Politik dazu, einen wirklich wirksamen Klimaschutz zu organisieren, der über Appelle und Ankündigungen hinausgeht, der den Konjunktiv „wir müssten, wir hätten schon längst, wir sollten doch mal“ hinauswächst? Wie bringen wir die Politik dazu, über sich selbst hinauszuwachsen?

Die Klimaschutzbewegung hat das Thema aus der politischen Nische geholt und ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Greta Thunberg hat sich in Stockholm vor das Parlamentsgebäude gesetzt und dort ihre Freitage verbracht, nicht vor einer Konzernzentrale oder einer SUV-Automesse oder einem Kohlekraftwerk. Sie hat den Gesetzgeber an seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit erinnert, einen staatlichen Rahmen so zu setzen, dass die Auswirkungen unseres Wirtschaftens ökologisch (und sozial) verträglich sind. 2019 rief sie in den Saal der UN-Generalversammlung: „Ganze Ökosysteme kollabieren. Wir stehen am Anfang eines Massenaussterbens. Und alles, worüber Sie reden können, sind Geld und Märchen vom ewigen Wirtschaftswachstum. Wie können Sie es wagen!“⁵

How dare you. Wie können sie es wagen.

Sie können. Das politische System lässt es zu.

Fridays for Future, die ganze Klimaschutzbewegung hat die Politik verunsichert und wachgerüttelt, konnte aber nicht deren Behäbigkeit, deren Unwilligkeit, deren Belanglosigkeit aufheben. Für die Parteien ist der Wille, an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben, wie der Wind für das geblähte Segel. In diesen Wind hängen sie ihre Fahnen. Oh ja, in Wahlkämpfen wehen die auch einmal kräftig, aber oft hängen sie nur schlaff am Mast.

In unserer so bewährten parlamentarischen Demokratie – die ich zu schätzen weiß, schließlich bin ich in einer Diktatur aufgewachsen – sollen Regierung und Opposition um die beste Lösung ringen. Aber das Argument des politischen Gegners wird schon deshalb nicht ernst genommen, weil es eben ein Argument des Gegners ist, der unter keinen Umständen auch nur eine Handbreit politischen Boden gutmachen darf. Parteipolitische Interessen – und auch private Interessen – unterhöheln die parlamentarische Demokratie. Sie unterhöhlt sich selbst. Die Machtpolitik ist das Wasser im Wein der Sachpolitik, sie dünnt die Lösungen aus.

Bürgerräte – Chancen, Risiken und Missverständnisse

Die Klimabewegung favorisiert losbasierte Bürgerräte. Die haben Konjunktur, es gab sie zum Klimaschutz von den Regierungen eingesetzt in Großbritannien, in Frankreich, in Dänemark. In Deutschland organisiert von der Zivilgesellschaft. Und weltweit bisher in mehr als 100 Kommunen.⁶

⁵ Zitiert in und übersetzt von: Johannes Varwick, Auf dem Weg in die ‚Ökodiktatur‘?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 21-22/2022 vom 23.5.2022, S. 5.

⁶ Eine Übersicht von Bürgerräten findet sich hier: www.buergerrat.de

Tatsächlich bieten Bürgerräte, wenn sie gut gemacht sind, das, was Parlamente vermissen lassen: Repräsentativität. Für einen Bürgerrat werden viel mehr Menschen angeschrieben, als gebraucht werden, um aus denen, die Bereitschaft signalisieren, sich zu beteiligen, so lange auszulosen, bis die Zusammensetzung eines Bürgerrates der der Bevölkerung entspricht: Geschlechterverhältnis, Altersgruppen, Bildungsgrade, Einkommensverhältnisse, der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund; alle Regionen oder Stadtteile sollen vertreten sein. Am Tisch sitzt dann also: eine Mini-Gesellschaft, ein Mini-Südtirol. (Das, was eigentlich ein Parlament sein sollte. So gesehen, ist jeder Bürgerrat auch peinlich für die parlamentarische, die repräsentative Demokratie.)

Werden die Ausgelosten gut und ausgewogen informiert und wird gut moderiert, sodass auch all jene ins Gespräch gehen, die sonst auf dem Sofa sitzen bleiben oder dort sitzen gelassen werden – dann, ja dann lässt sich damit die Vision ausmalen, welche politischen Entscheidungen die ganze Bevölkerung mittragen würde, was sie von der Politik verlangen, was sie ablehnen würde, wenn sie darüber zu entscheiden hätte. – Und die Politik kann die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr als Ausrede für ihre Untätigkeit missbrauchen.

Im September 2019 hatte in Deutschland die Bundesregierung ein Klimapaket verabschiedet. Es war nicht geeignet, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Die Bundesregierung hielt dies für das gerade noch demokratisch Machbare und hat die Verantwortung damit auf die Bürgerinnen und Bürger abgeschoben.⁷ Im Klartext: Wir seien zu blöd, den Ernst der Lage zu erkennen – und unfähig, mitzutragen, was jetzt dran wäre. Man ahnt, dass die Regierung genau da zurückgezuckt ist, wo es unweigerlich auf Einschnitte in unseren Alltag hinausgelaufen wäre.⁸

Mit Bürgerräten ließe sich das politisch Machbare ermitteln, ausloten, und zwar deutlich umfassender und tiefgehender, als dies etwa durch Umfragen möglich ist. Dies ist gerade für Fragen des Lebensstils unerlässlich. Auf dem Gleis aus der Klimakrise liegen zwei Schienen: die Effizienz- und Suffizienzrevolution, technologische Entwicklungen und ein ökologisch verträglicher(er) Lebensstil. Alle Parteien propagieren Effizienzsteigerungen und drücken sich um die Ansagen, dass ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum uns nur weiter in die Irre gehen lässt. Wir werden um Einschnitte in unseren Alltag, um unpopuläre Maßnahmen nicht herumkommen. Mit mehr Effizienz gewinnen wir Zeit, aber nur mit der Suffizienz die Partie. Hier können Bürgerräte der Politik Mut machen, können ihren starren Blick, der sonst nur auf die potentielle Wählerschaft gerichtet ist, heben und auf die Lösung von Schicksalsfragen lenken. Ein Bürgerrat kann den Durchbruch bedeuten zu einem wirklich wirksamen Klimaschutz.

⁷ Vgl. z.B. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/nach-klima-strategie-einigung-merkel-verteidigt-klimapaket-16393990.html>

⁸ Das Klimapaket der Bundesregierung wurde vom Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 29. April 2021 als ungenügend kassiert: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html

Kann. Muss aber nicht.

Bürgerräte sind Ratschläge an die Politik. Unverbindliche Ratschläge. Es bleibt im Belieben der Politik, wie sie damit umgeht. Die Empfehlungen können dasselbe Schicksal erleiden wie alle Bürgerbeteiligung: Sie können erst genommen werden, sie können aber auch in einer Schublade landen, die bis zum Tag des Jüngsten Gerichts klemmt.

Aus dem Bürgerrat der Republik Frankreich mit 149 Empfehlungen ist fast nichts aufgegriffen worden.⁹ Der Klima-Bürgerrat in Deutschland, obwohl die Grünen zugesagt hatten, die Ergebnisse mit in die Koalitionsverhandlungen zu nehmen, hat bisher kaum eine Rolle gespielt. Die lächerliche neoliberale FDP bremst den Klimaschutz mehr aus, als der Bürgerrat ihn hätte beflügeln können. Blut ist dicker als Wasser. Koalitionsdisziplin wiegt schwerer als der gesunde Menschenverstand.

Die Letzte Generation favorisiert, weil Bürgerräte zu wenig ernst genommen werden, einen Gesellschaftsrat. Der Gesellschaftsrat, das wäre auch ein Bürgerrat, aber einer, bei dem die ganze Bevölkerung mitfiebert, der das ganze Land vibrieren lässt, der sich wie ein buntes, rauschendes Fest ins Parlament ergießt, sodass die Parlamentarier gar nicht anders können, als sich daran zu orientieren und zu beschließen, was beschlossen werden muss – für einen wirklich wirksamen Klimaschutz.

Die Letzte Generation, für die ich viel Sympathie empfinde, hat verstanden, woran es bei den Bürgerräten hakt. Aber den Bürgerrat ein wenig aufzublasen und ihn Gesellschaftsrat zu nennen, löst nicht das Manko, dass sie unverbindlich sind.

Ich spreche nicht gegen Bürgerräte, nur dagegen, ihnen mehr zuzutrauen, als sie vermögen. Sie sind Beteiligungs- und Ratschlags-, aber kein Entscheidungsinstrument.

Die direkte Demokratie – Schlussstein im Beteiligungsgewölbe

Stephen Hawking, der berühmte Astrophysiker, hat zu seinem 75. Geburtstag, einen Weckruf formuliert: „Klimawandel ... Rückgang der Artenvielfalt ... Übersäuerung der Meere ... all diese Phänomene zeigen uns, dass wir gerade am gefährlichsten Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte stehen. ... Wenn wir uns die letzte Chance bewahren wollen, bleibt den führenden Entscheidungsträgern dieser Welt nichts anderes übrig, als anzuerkennen, dass sie versagt und die Mehrheit der Menschen im Stich gelassen haben. ... Vor allem müssen sie sich ein gewisses Maß an Demut und Bescheidenheit aneignen.“¹⁰

Die Analyse mag zutreffen. Aber auf Demut und Bescheidenheit der führenden Entscheidungsträger können wir lange warten. Wir brauchen starke Parlamente, selbstbewusst

⁹ https://www.deutschlandfunk.de/frankreich-nationalversammlung-verabschiedet-franzoesisches.697.de.html?dram:article_id=496693

¹⁰ www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/gefaehrlichster-zeitpunkt-der-menschheitsgeschichte-1779/

gegenüber Lobbyisten, eine Entflechtung von Wirtschaft und Politik. Und um dorthin zu kommen, brauchen wir starke Bürgerrechte.

Wir brauchen eine Möglichkeit, uns vom Regierungshandeln, von Koalitionsverträgen, von der Arroganz der Parteien unabhängig zu machen. Die einzige Möglichkeit, uns durchzusetzen, ist die direkte Demokratie, sind Volksbegehren und Volksentscheide.

Das ist kein Gegenmodell zur repräsentativen Demokratie, es ist ein Mittel, sie zu veredeln. Wenn wir auch zwischen den Wahlen Einfluss nehmen können, sorgt das dafür, dass die repräsentative Demokratie hält, was uns mit ihr versprochen ist – das Ringen um die beste Lösung im Sinne des Gemeinwohls (und nicht darum, was für die Partei das Beste ist).

Die Möglichkeit, Volksbegehren starten zu können und eine Volksabstimmung durchsetzen zu können, macht das Parlament nicht überflüssig, aber es macht ihm Dampf. Die parlamentarische Demokratie ist das Standbein, die direkte Demokratie das Spielbein. Das Spielbein stärkt das Standbein. Das ist die wesentliche Aufgabe und Wirkung der direkten Demokratie. – Die Mächtigen wollen die Klimakrise aussitzen, keine verbindlichen Klimaziele festlegen, keine Maßnahmen ergreifen, mit denen die Ziele erreicht werden können? Dann machen wir die notwendigen Gesetze selbst, dann übernehmen die Bürgerinnen und Bürger selbst das Ruder, dann holen wir uns die Macht, die wir in Wahlen delegiert haben, für einen Moment, für diese eine Entscheidung zurück.

Die direkte Demokratie ist das Damoklesschwert über der politischen Bühne, sie wirkt wie eine Drohhäube. Damit wird nicht alle andere politische Arbeit überflüssig, aber sie wird wirksamer. Mit der direkten Demokratie im Rücken wird das, was aus der Zivilgesellschaft eingebracht wird, werden Kritik und Ideen ernster genommen. Die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung werden ernster genommen. Bürgerräte werden ernster genommen. Die direkte Demokratie ist so etwas wie der Schlussstein im Beteiligungsgewölbe. Erst der Schlussstein, die direkte Demokratie, legt die Spannung auf die Zusammenarbeit zwischen Bürgergesellschaft und Parlament. Sie ist auch Netz und doppelter Boden für die Bürgerbeteiligung. Zusammengefasst: Wer Bürgerräten das Lied singt, muss im Refrain nach der direkten Demokratie verlangen.

Es ist absurd zu meinen, Bürgerräte könnten die Rolle der direkten Demokratie übernehmen, wie dies die Grünen in Deutschland meinen. Einer der Kenner der direkten Demokratie, der Schweizer Andreas Groß, sagt dagegen: Bürgerräte und direkte Demokratie sind so verschieden wie Sackhüpfen und Weitsprung.

Aber: Diese grundsätzliche Wirkung der direkten Demokratie kann sie nur entfalten, wenn sie gut und fair geregelt ist. Wird sie nur formal angeboten, aber in das Korsett unnötiger oder zu hoher Hürden gepresst, wie in Südtirol, bleibt ihre Wirkung auf die parlamentarische

Demokratie marginal. Eine intelligent und fair gestaltete direkte Demokratie setzt auf angemessene Unterschriftenhürden, lange Fristen, die freie Unterschriftensammlung, darauf, dass Alternativen mit zur Abstimmung kommen können und es vor einer Abstimmung eine ausgewogene Information gibt.

Auch bei einer gut ausgebauten direkten Demokratie bleibt das Parlament im Spiel. Ist ein Volksbegehren erfolgreich, muss das Parlament sich befassen. Es kann die Bürgervorlage übernehmen, wenn nicht, kommt es zum Volksentscheid. In Hamburg und Brandenburg werden ein Drittel der Vorlagen, die von Bürgerseite aus lanciert werden, vom Parlament übernommen. Die direkte Demokratie entfaltet also ihre Kraft auch jenseits von Entscheiden.

Mit der direkten Demokratie treten wir aus der Bittstellerrolle heraus. Ich muss mich dann nicht mehr fühlen wie das Karnickel vor der Schlange und hoffen, dass die Parteien sich darauf einigen, die Welt zu retten.

Hätten wir in Deutschland den bundesweiten Volksentscheid, Fridays für Future und die Letzte Generation hätten längst zusammen mit dem BUND, mit Greenpeace, der Deutschen Umwelthilfe und dem Naturschutzbund ein Klimaschutzgesetz ausgearbeitet und würden die eine Million Unterschriften für ein Volksbegehren sammeln. (In Deutschland haben wir die direkte Demokratie ausnahmslos in allen Bundesländern auf der kommunalen und auf Landes-, aber nicht auf der Bundesebene.)

Und selbst wenn, wie Ende März in Berlin, ein Klimaentscheid am Zustimmungsquorum scheitert (in vier anderen Ländern wäre er gültig gewesen), dann hat aber die Debatte die gesamte Bevölkerung ergriffen. Volksbegehren sind bildungspolitische Großveranstaltungen. Mitunter bewegt sich das Parlament dann trotzdem und verhandelt Kompromisse. Und die Klimabewegung geht wieder aufs Neue an die Arbeit. Wie heißt es in der Schweiz: Sagen die Bürgerinnen und Bürger beim Entscheid Nein, muss das kein endgültiges Nein sein, es ist dann nur noch kein Ja.

Klimaschutz braucht mehr Demokratie

Reagiert die Politik zu langsam oder nicht konsequent genug, wird das den ökologischen Horizont unweigerlich und unumkehrbar weiter verengen: Was die Politik heute nicht unternimmt, um die Klimaziele einzuhalten, wird später nicht mehr mit schrittweiser, mehrheitsfähiger Politik aufzuholen sein, sondern nur noch mit brachialem Vorgehen. Werden Einsparungen heute vertagt, müssen sie morgen umso drastischer ausfallen.

Mit anderen Worten: Das Versagen heutiger Politik wird morgen als Ökodiktatur quittiert. Wer heute der Klimabewegung unterstellt, sie wolle zu viel und ihr einen Hang zur Ökodiktatur vorwirft, macht die Ökodiktatur erst wahrscheinlich.

Südtirol steht an der Schwelle zwischen Klima-Zielen und (unverbindlichen) Klima-Plänen hin zu einer Klima-Gesetzgebung und schließlich zu den notwendigen Maßnahmen. Ziele und Pläne sind geduldig, Maßnahmen strittig. Über diese Schwelle kommen wir nur gemeinsam, nur mit der und nicht gegen die Bevölkerung.

Die Maßnahmen werden unsere Freiheiten einschränken, unsere Konsumfreiheit, unsere Reisefreiheit – werden an unserem Wohlstand kratzen. Viele Menschen werden das als Schmerz verstehen (manche auch als Befreiung), weil wir Freiheit missverstehen als Fülle an unbegrenzten Möglichkeiten.

Frei, wirklich frei, sind wir aber nur in dem Maße, in dem wir die Bedingungen, unter denen wir leben, selbst bestimmen können. Hier kommt die Freiheit mit der Idee der Demokratie zusammen: Jeder Mensch soll das Recht und die Möglichkeit haben, politische Entscheidungen, die ihn betreffen, beeinflussen zu können. So werden Freiheit und Verantwortung zu Geschwistern, die miteinander aufwachsen. So machen wir eine Selbstwirksamkeitserfahrung, so werden wir zu Gestaltern des Weges aus der Klimakrise (und verstehen uns weniger als Opfer, denen Einschnitte zugemutet werden).

Deshalb sollte die Klimaschutzbewegung auch für eine Demokratieentwicklung kämpfen – für eine andere politische Kultur, für die direkte Demokratie, weil sie der Schlüssel ist.

Der Klimaschutz heute schützt morgen auch die Demokratie.

Demokratieentwicklung heute bringt uns einem wirklich wirksamen Klimaschutz näher.

„... es ist das erfrischende Wachsein eines Wandrers“, schreibt Max Frisch in seinem Tagebuch 1946, „der sich plötzlich an einer klaren und deutlichen Wegkreuzung sieht, das Bewußtsein, daß wir uns entscheiden müssen, das Gefühl, daß wir noch einmal die Wahl haben und vielleicht zum letztenmal; ein Gefühl von Würde; es liegt an uns, ob es eine Menschheit gibt oder nicht.“¹¹

- - -

¹¹ Max Frisch, Tagebuch 1946-1949, Berlin 1987, S. 58.